

Antragsteller: Fa. Saint-Gobain Isover G+H AG

Vorhaben: Erstmalige Errichtung einer Anlage (§ 4 BImSchG) durch Errichtung und Betrieb einer Recyclinganlage für Mineralwolle

Nr. 2.8.1 Anhang 1 der 4. BImSchV:

Nr. Anlage 1 zu UVPG: Nr. 2.5.2 Spalte 2

Die folgenden Angaben basieren auf dem Stand der Antragsunterlagen vom 21.05.2025

		Bemerkungen:
1.	Merkmale des Vorhabens Die Merkmale des Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:	
1.1	Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und soweit relevant, der Abrissarbeiten	Die Anlage entsteht in direkter Nähe zum Bestand, zum Teil auf bereits befestigter Fläche. Die für das Vorhaben in Anspruch zu nehmende Fläche auf dem Betriebsgelände für Gebäude- und Verkehrsflächen beträgt 15.160 m ² (Vorhabensbereich), davon werden 11.824 m ² neu wasserundurchlässig versiegelt. Bestehende Lagerflächen, eine Ackerbrache, verschieden ausgebildete Gehölzbiotope (Sukzessionswald, Feldgehölz, Gebüsch, Einzelgehölz) und Flächen mit unterschiedlicher Ruderalvegetation werden umfunktioniert.
1.2	Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	Ein Zusammenwirken mit anderen Anlagen oder Vorhaben ist gem. dem Gutachten zur Schornsteinhöhenbestimmung (Büro iMA Richter & Röckle vom 09.01.2025) und der Schalltechn. Untersuchung (Büro Möhler+Partner Ingenieure GmbH, Nov. 2024) nicht zu erwarten.
1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Die Anlage befindet sich in einem als Industriegebiet festgesetzten Bereich und damit innerhalb eines durch Gewerbe- und Industrieflächen vorbelasteten Raumes (Bebauungsplan Nr. 037 Alte Rheinhäuser Weide). Die von dem Vorhaben beanspruchte Fläche ist bereits teilweise versiegelt. Die Ressourcen Fläche, Boden, Wasser, Pflanzen und biolog. Vielfalt werden durch das Vorhaben beansprucht. Es erfolgt der Abtrag von Mutterboden von 2.500 m ³ sowie die Auffüllung von rd. 4.000 m ³ . Sukzessionswald wird auf einer Fläche von 7.210m ² gerodet. Hierfür wird eine walddrechtliche Genehmigung zur Umwandlung von auf dem Anlagenstandort stockenden Wald bei dem Forstamt beantragt. Eine Konfliktanalyse und Darlegung der Betroffenheit der relevanten geschützten Arten wurde im Fachbeitrag Artenschutz, Büro PlanNatur ausgearbeitet. Vor dem Bau und während des Betriebs der geplanten Anlage sind die im Gutachten genannten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) für einzelne Vogelarten, Amphibien und Reptilien durchzuführen. Das anfallende Niederschlagswasser wird aufgefangen bzw. soll teilweise versickern. Im Rahmen der geplanten Errichtung eines Brunnens sollen 120 m ³ Grundwasser/Tag entnommen werden (Tiefe 26 m, Durchmesser 150 mm).

1.4	Erzeugung von Abfällen im Sinne v. § 3 Abs. 1 und 8 KrWG	<p>Durch das geplante Vorhaben entstehen Abfälle, die nicht dauerhaft gelagert werden.</p> <p>Abfälle, die nicht verwertet werden können, werden einer ordnungsgemäßen Beseitigung zugeführt. Beim Betrieb der neuen Recycling-Anlage für Mineralwolle fällt prozessbedingt kein Abwasser an.</p> <p>Das Vorhaben löst keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen aufgrund von Abfällen aus.</p>
1.5	Umweltverschmutzung und Belästigungen	<p>Grenzwerte für Lärmimmissionen werden deutlich unterschritten gem. Schalltechn. Untersuchung Büro Möhler+Partner Ingenieure GmbH.</p> <p>Die Berechnungen bezgl. Geruchsimmissionen und Luftschadstoffen zeigen, dass alle Schadstoffe die Irrelevanzschwelle an den Beurteilungspunkten unterschreiten und für Gerüche die Irrelevanzschwelle unterschritten wird (iMA Richter & Röckle GmbH & Co.KG, 09.01.2025)</p> <p>Gemäß Nr. 4.1 der TA Luft gehen von der geplanten Anlage somit keine Gefahren für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt aus.</p> <p>Abfälle, Abwasser werden fachgerecht entsorgt.</p> <p>Nicht gegeben.</p>
1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandels bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:	
1.6.1	Verwendete Stoffe und Technologien,	<p>Kein Störfallbetrieb nach 12. BImSchV</p> <p>In der geplanten Anlage werden keine Stoffe in Mengen verwendet, von denen besondere Unfallrisiken ausgehen.</p> <p>Nicht gegeben.</p>
1.6.2	die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nr. 7 der Störfallverordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen i.S. d. § 3 Abs. 5a des BImSchG	Nicht gegeben
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft	<p>Bei Einhaltung der entsprechenden Regelwerke, wie TA Luft, TA Lärm, GIRL sowie den Anforderungen der AwSV sind die Risiken für den Menschen als sehr gering einzuschätzen.</p> <p>Wasser: Aufgrund des hohen Sicherheitsstandards der geplanten Anlage, der sachgerechten Lagerung der Stoffe sowie der Maßnahmen zum Arbeitsschutz besteht kein erhebliches Risiko für die menschliche Gesundheit.</p>

		<p>Luft: Für die entstehenden Luftschadstoffe sind immissionsmindernde Maßnahmen vorgesehen. Die Anforderungen der TA Luft werden eingehalten. Somit können keine erheblichen Risiken für die menschliche Gesundheit entstehen.</p> <p>Lärm: Grenzwerte für Lärmimmissionen werden eingehalten. Es entsteht kein erhebliches Risiko für die menschliche Gesundheit.</p>
2	<p>Standort des Vorhabens Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:</p>	
2.1	Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst-, fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien)	<p>Am südöstlichen Ortsrand der Stadt Speyer gelegener industriell genutzter Untersuchungsraum. Das Betriebsgelände liegt gem. BPlan Nr. 037 „Alte Rheinhäuser Weide, 1. Änderung“ in einem Industriegebiet.</p> <p>Das Vorhaben stellt einen Neubau auf bislang ungenutzter Fläche innerhalb des Betriebsgeländes dar. Die bestehende Nutzung des Industriegebietes wird durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt.</p>
2.2	Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt des Gebietes und seines Untergrundes (Qualitätskriterien)	<p>Teile der beplanten Fläche sind bereits versiegelt und werden industriell genutzt. Es erfolgen die in Ziff. 1.3 beschriebene Neuversiegelung, Waldumwandlung und Baumfällungen.</p> <p>Die Bewirtschaftung des Oberflächenwassers sowie die Errichtung des geplanten Brunnens ist Gegenstand eines eigenen wasserrechtlichen Verfahrens bei der Oberen Wasserbehörde, SGD Süd. Die wasserrechtlichen Belange werden in dem dortigen Verfahren geprüft.</p> <p>Die als Wald beschriebene Fläche ist bis vor wenigen Jahren noch kein Wald gewesen, in den vergangenen Jahren ist aufgrund natürlicher Sukzession stellenweise Wald entstanden. Die Waldfläche befindet sich innerhalb eines bestehenden Gewerbe- bzw. Industriekomplexes, eine öffentliche Zugänglichkeit selbiger ist nicht gegeben, da sie vollständig umzäunt bzw. von vorgelagertem Gewerbe umgeben ist. Der Flächennutzungsplan der Stadt Speyer sieht im Bereich des Vorhabens „Gewerbliche Baufläche“ vor. Laut Forstamt kann von wesentlichen Nutz- und Erholungsfunktionen der Waldfläche aufgrund der nicht vorhandenen Zugänglichkeit von außen sowie des frühen Sukzessionsstadiums jedoch nicht ausgegangen werden. Es ist nicht erkennbar, dass ein überwiegendes öffentliches Interesse am Walderhalt in dem Maße und insoweit bestünde, dass im Zuge einer Abwägung von Rechten, Pflichten und wirtschaftlichem Interesse des Waldbesitzenden mit den Belange der Allgemeinheit eine Waldumwandlung zu versagen wäre.</p> <p>Nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV 2025) ist im Falle einer Neuversiegelung von Flächen größer 2.000 Quadratmetern (Grenze gem. Anl. 3 Nr. 2 BKompV) eine überschlägige Prüfung anzustellen, ob durch das Vorhaben erhebliche negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten sind. Eine nach der UVPVwV vorgesehene Bewertung der Bodenfunktion und Empfindlichkeit der von der geplanten Neuversiegelung betroffenen Flächen gegenüber der spezifischen Wirkung des Vorhabens wurde nicht angestellt, da der seit 09.10.1979</p>

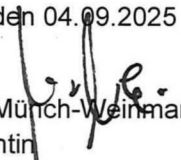
		<p>bestandskräftige Bebauungsplan BPlan 037 „Alte Rheinhäuser Weide“ die zu versiegelnden Flächen als Industriegebiet ausweist. Der Bebauungsplan enthält keine textlichen Festsetzungen für Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen. Das Schutzgut Boden wird in der Regel bei Zulassungsverfahren im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Bearbeitung der naturschutzfachlichen Eingriffs-/Ausgleichsregelung) betrachtet. Gemäß § 18 BNatSchG sind auf Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 des Baugesetzbuches die Eingriffsregelungen nicht anzuwenden. Die Vorschriften des BNatSchG zum Ausgleich des Eingriffs, der Versiegelung, sind auf solche Flächen nicht anzuwenden gem. § 18 BNatSchG.</p> <p>Durch Schutzmaßnahmen und Sicherheitseinrichtungen sind nachteilige Umweltauswirkungen auf die Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden und Luft nicht zu erwarten.</p> <p>Artenschutz: Laut Fachbeitrag Artenschutz Fa. PlanNatur v. 10.12.2024 wurden im Vorhabenbereich artgeschützte Exemplare von Vögeln, Fledermäusen, Eidechsen, Heuschrecken und Krebsen nachgewiesen. Eingriffsbedingt ist vom Eintreten von Verbotstatbeständen auszugehen, die die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie die Verletzung und Tötung von Tieren betreffen. Es sind Vermeidungs- und vorgezogene Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (sog. CEF-Maßnahmen) nötig, Kap. 5.1 V1 bis 9. Eine CEF-Maßnahme ist gem. UVP-Verwaltungsvorschrift 2025, Kap. 7.5.3 als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme zu werten. Aufgrund der zuverlässigen Prognostizierung, dass die artgeschützten Tiere (einzelne Arten von Vögeln, Fledermäusen, Kröten, Eidechsen und Heuschrecken) den neu geschaffenen Lebensraum annehmen sowie einem dreijährigen Monitoring nach Umsiedlung, sind diese Maßnahmen, Kap. 5.2, CEF1 bis CEF6 in ihrer Wirkung mit Maßnahmen gleichzusetzen, die Umweltauswirkungen des Vorhabens offensichtlich vermeiden und vermindern. Im Artenschutzfachbeitrag wird auch die Waldfläche berücksichtigt.</p> <p>Vermeidungsmaßnahme betr. Vögel: Gehölzentfernung außerhalb der Vogelbrutzeit (V1), Aufstellung Bauzaun am Rand der Eingriffsfläche zum Schutz brütender Vogelarten (V2).</p> <p>Vermeidungsmaßnahme Fledermäuse: Entfernung von Habitatbäumen außerhalb Aktivitätszeit, d.h. zwischen 15.11. und 28.02.</p> <p>Vermeidungsmaßnahmen betr. Amphibien (V5): Fang und Umsiedlung betroffener Individuen. Der Beginn baulicher Maßnahmen darf erst nach Abschluss der Umsiedlung erfolgen. Verhinderung von Laichgewässern (V6).</p> <p>Vermeidungsmaßnahme betr. Reptilien: Vor Baubeginn und Abschieben des Oberbodens werden Mauer- und Zauneidechsen abgefangen u. an die zuvor aufgewerteten Ausgleichsflächen im Plangeltungsbereich umgesiedelt (V3). Es wird ein Amphibien-/Reptilienschutzzaun am Rand der Eingriffsfläche kurz vor Beginn der Umsiedlung bis zum Ende der Baumaßnahme errichtet zur Vermeidung der Einwanderung von Individuen in den Eingriffsbereich. Falls durch den Betrieb der</p>
--	--	--

		<p>geplanten Anlage dauerhaft erhebliche Betroffenheiten entstehen sollten, ist der Zaun bzw. eine kontroll- und wartungsfreie Einrichtung mit gleicher Funktion langfristig zu erhalten (V4).</p> <p>Vermeidung der Beeinträchtigung von nachtaktiven Kröten und Fledermäusen durch Verzicht oder Verringerung der künstlichen Beleuchtung v.a. entlang der geplanten Lagerhalle (V8).</p> <p>Vermeidungsmaßnahme 9: Fang und Umsiedlung von Heuschrecken.</p> <p>Ökologische Baubegleitung zur Wahrung der artenschutzrechtl. Belange (V7).</p> <p>Als CEF-Maßnahmen (Kap. 5.2) sind die Anbringung von Nistkästen für höhlenbewohnende Vogelarten und Fledermäuse (bei Rodung von Habitatbäumen) vorgesehen, die Anlegung von Ausgleichshabitaten für Mauer- und Zauneidechse, Gestaltung und Erhaltungspflege des terrestrischen Lebensraums für Knoblauch- und Kreuzkröte, die auch von den geschützten Heuschreckenarten genutzt werden kann. Bei den Krebsen handelt es sich nicht um eine planungsrelevante Artengruppe. Die Krebse profitieren von der Anlage der CEF-Fläche für die Kreuzkröte. Damit sind keine naturschutzrechtlichen Verbotstatbestände gegeben. Unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen und Umsetzung vorgezogener artenschutzrechtlicher Maßnahmen (CEF) sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen zu erwarten.</p>
2.3	Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)	
2.3.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG	<p>Es sind zwei Natura 2000-Gebiete in beeinflussbarer Nähe der Anlage vorhanden: FFH 6716-301 Rheinniederung GER-SP (200 m) und VSG 6716-402 Berghäuser und Lingenfelder Altrhein mit Insel Flotzgrün (400 m). Gem. dem Ergebnis der Natura 2000- Verträglichkeitsprüfung durch Büro PlanNatur (09.12.2024) werden durch Bau und Betrieb der geplanten Anlage keine Lebensraumtypen des Anhangs I oder Arten nach Anh. II FFH-Richtlinie oder Vogelarten des Anh. I Vogelschutzrichtlinie erheblich beeinträchtigt. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der Natura 2000-Gebiete können durch das Vorhaben ausgeschlossen werden.</p>
2.3.2	Naturschutzgebiete nach § 23 des BNatSchG, soweit nicht bereits von Nr. 2.3.1 erfasst	<p>Im Untersuchungsraum befindet sich kein Naturschutzgebiet.</p> <p>Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen</p>
2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des BNatSchG, soweit nicht bereits von Nr. 2.3.1 erfasst	<p>Im Untersuchungsraum und dessen Umgebung befinden sich keine Nationalparks.</p> <p>Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen</p>
2.3.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach den §§ 25 und 26 des BNatSchG	<p>Im Untersuchungsraum liegt kein Biosphärenreservat. Ein Landschaftsschutzgebiet (LSG) ist vorhanden.</p> <p>Das LSG „Pfälzische Rheinauen“ 07-LSG-73-1 verläuft in ca. 300 m Entfernung nördlich über Osten bis südlich des Betriebsgeländes. Die zu erwartenden Immissionen der geplanten Anlage sind gering (Gutachten iMA Richter & Röckle GmbH & Co.KG). Es wird daher kein schädlicher Einfluss auf die Schutzgüter ausgehen, sodass die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des LSG gem. § 26 BNatSchG gegeben ist.</p>

		Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
2.3.5	Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG	Im Untersuchungsraum und in der Umgebung befinden sich keine Naturdenkmäler. Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
2.3.6	Geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des BNatSchG	Geschützte Landschaftsbestandteile oder Alleen sind in beeinflussbarer Nähe der Anlage nicht vorhanden. Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen.
2.3.7	Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG	Im Umkreis von 500m der geplanten Anlage liegen mehrere Biotop-Kartierungen: Hartholzauwald südwestlich Speyer (GB-6716-0239-2010), Hartholzauwald südwestl. Speyer, Insel Horn (GB-6716-0045-2010), Kleingewässer im Auwaldbereich Hechenich südl. Speyer (GB-6716-0013-2006) und Eichen-Hainbuchenwald im Salmengrund (GB-6716-0079-2010). Aufgrund der zu erwartenden geringen zusätzlichen Immissionen durch die gepl. Anlage geht von ihr kein schädlicher Einfluss auf die Schutzgüter aus, sodass die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen der Biotope gegeben ist. Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
2.3.8	Wasserschutzgebiete nach § 51 des WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des WHG	Die Vorhabenfläche befindet sich in einem hochwassergefährdeten Gebiet (HQ extrem), das durch Deiche, Hochwasserschutzmauern und Schöpfwerke gegen Rheinhochwasser geschützt ist. Ein absoluter Hochwasserschutz ist nicht möglich. Durch eine angepasste Bauweise ist die Hochwasservorsorge gegeben. Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind	Zum jetzigen Kenntnisstand nicht vorhanden (auch nicht in der Umgebung). Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 Raumordnungsgesetzes	Speyer liegt in der Metropolregion Rhein-Neckar und ist ein regionaler Verdichtungsraum. Der Untersuchungsraum liegt im Süden der Stadt im Industriegebiet und befindet sich außerhalb des Siedlungsraums. Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
2.3.11	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.	Nicht bekannt. Voraussichtliche Beeinträchtigung: nicht betroffen
3.	Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen, dabei ist insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:	
3.1	Der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind.	Aus den Eintragungen unter Nummern 1 und 2 geht hervor, dass das Vorhaben vorauss. keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf Umwelt und den Menschen haben wird. Eine Prüfung der besonderen Merkmale von möglichen Auswirkungen erübrigt sich.
3.2	Dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen	Entfällt siehe 3.1 keine Auswirkungen
3.3	Der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen	entfällt, siehe 3.1
3.4	Der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen	entfällt, siehe 3.1
3.5	Dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen	entfällt, siehe 3.1

3.6	Dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben	entfällt, siehe 3.1
3.7	Der Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern	Entfällt, siehe 3.1
4.	Zusammenfassende Bewertung	Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die geplante neue Anlage unter Beachtung der Kriterien der Anl. 3 des UVPG keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen haben kann. Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen Errichtung und Betrieb der neuen Anlage. Es besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Speyer, den 04.09.2025


Irmgard Münch-Weinmann
Dezernentin